Herausgeber:

Der Landrat des Kreises Coesfeld

Erscheinungsweise:

In der Regel am 15. und 30. jeden Monats und bei Bedarf

Abonnementpreis:

45,00 EUR jährlich - Einzelstück 1,50 EUR inkl. Porto

Anforderungen sind zu richten an:

Kreis Coesfeld - Der Landrat - Büro des Landrats

48651 Coesfeld, Tel. 02541-189150, Fax 02541-189199

E-Mail: amtsblatt@kreis-coesfeld.de

**Amtliches Bekanntmachungsblatt
des Kreises Coesfeld
und der Stadt Dülmen**

Ausgabe: 27/2024

Datum: 31.10.2024

Inhalt dieser Ausgabe:

Nr.		Seite
186	Kreis Coesfeld Allgemeinverfügung zur Umsetzung der Bekanntmachung des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) nach § 79 Abs. 5 Arzneimittelgesetz (AMG) vom 10.10.2024 (BANz AT 17.10.2024 B4) bezüglich des Versorgungsmangels der Bevölkerung mit isotonischen natriumchloridhaltigen Arzneimittel	163
187	Kreis Coesfeld Benachrichtigung des Kreises Coesfeld über die Anordnung einer öffentlichen Zustellung gem. § 10 LZG NRW an Herrn Abdelmoula Abou Abderrahmane	164
188	Kreis Coesfeld Benachrichtigung des Kreises Coesfeld über die Anordnung einer öffentlichen Zustellung gem. § 10 LZG NRW an Herrn Wassim Ajej	165
189	Kreis Coesfeld Benachrichtigung des Kreises Coesfeld über die Anordnung einer öffentlichen Zustellung gem. § 10 LZG NRW an Herrn Abdallah Ghani	165
190	Stadt Dülmen Betriebssatzung für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Abwasserwerk der Stadt Dülmen“ vom 19.12.2005	165
191	Stadt Dülmen II. Änderungssatzung vom 24.10.2024 zur Betriebssatzung für das „Grundstücksmanagement der Stadt Dülmen“ vom 16.02.2006	167
192	Stadt Dülmen Bekanntmachung des Jahresabschlusses 2022 der Stadt Dülmen	170
193	Sparkasse Westmünsterland Aufgebote von Sparurkunden der Sparkasse Westmünsterland	176

186/24 – Kreis Coesfeld

Allgemeinverfügung zur Umsetzung der Bekanntmachung des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) nach § 79 Abs. 5 Arzneimittelgesetz (AMG) vom 10.10.2024 (BANz AT 17.10.2024 B4) bezüglich des Versorgungsmangels der Bevölkerung mit isotonischen natriumchloridhaltigen Arzneimittel

Die folgende Allgemeinverfügung ergeht auf Grundlage von § 79 Abs. 5 des Arzneimittelgesetzes (AMG) vom 12. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3394) in der z. Z. geltenden Fassung i. V. m. § 1 Abs. 2 Nr. 3a der Verordnung über die Zuständigkeiten im Humanarzneimittel-, Medizinprodukte- und Apothekenwesen sowie auf dem Gebiet des Schutzes vor nichtionisierender Strahlung bei der Anwendung am Menschen vom 25. Januar 2022 (GV. NRW. S. 100) in der z. Z. geltenden Fassung sowie der Bekanntmachung des

Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) vom 10. Oktober 2024 (BANz AT 17.10.2024 B4).

Allgemeinverfügung

Regelungen

Die Regelungen dieser Allgemeinverfügung gelten für Apotheken, die ihren Sitz im Gebiet des Kreisgebietes Coesfeld haben.

I. Gestattung

Den öffentlichen Apotheken sowie den Krankenhausapotheken im Gebiet des Kreisgebietes Coesfeld wird im Rahmen ihres gesetzlichen Versorgungsauftrags nach § 1 Abs. 1 Apothekengesetz und auf Grundlage von § 79 Abs. 5

Arzneimittelgesetz (AMG) gestattet, in der Bundesrepublik Deutschland nicht zugelassene oder nicht in deutscher Sprache gekennzeichnete isotonische natriumchloridhaltige Arzneimittel abweichend von § 73 Abs. 1 Nr. 1 AMG nach Deutschland zu verbringen sowie befristet in Deutschland in den Verkehr zu bringen.

Diese Gestattung gilt nur für Arzneimittel, die aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum bezogen werden und dort rechtmäßig im Verkehr sind.

Eine Bevorratung der betreffenden Arzneimittel kann in angemessenem Umfang zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Versorgung der Patientinnen und Patienten erfolgen. Die maximale Höhe der Bevorratung orientiert sich an den in §§ 15 und 30 Apothekenbetriebsordnung (ApBetrO) genannten durchschnittlichen Bedarfen.

Über das Verbringen ist eine Dokumentation anzufertigen, die eine Rückverfolgbarkeit der Lieferkette gewährleistet. Hierzu sind die Angaben nach § 18 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 ApBetrO zu dokumentieren. Die Dokumentation ist auf Verlangen der zuständigen Behörde vorzulegen.

Auf die Beachtung der Informations- und Beratungspflichten, die sich aus § 20 ApBetrO ergeben sowie die Vorgaben zur Abgabe durch Krankenhausapotheken und Krankenhausversorgende Apotheken nach § 31 ApBetrO wird hingewiesen.

II. Geltungsdauer

Diese Allgemeinverfügung tritt am Tag nach ihrer Bekanntgabe in Kraft. Die Gestattung gilt bis einschließlich 31. März 2025.

Sollte das Bundesministerium für Gesundheit bereits zuvor feststellen, dass ein Versorgungsmangel oder eine bedrohliche übertragbare Krankheit im Sinne des § 79 Abs. 5 AMG nicht mehr vorliegt, endet diese Gestattung mit dem Zeitpunkt der Feststellung und Bekanntmachung. Maßgebend ist der Tag nach der entsprechenden öffentlichen Bekanntmachung des Bundesministeriums für Gesundheit im Bundesanzeiger.

Diese Allgemeinverfügung kann jederzeit ganz oder teilweise widerrufen oder mit Nebenbestimmungen versehen werden.

Begründung

Die hierfür erforderliche Feststellung des Bundesministeriums für Gesundheit nach § 79 Abs. 5 Satz 5 AMG liegt durch die Bekanntmachung im Bundesanzeiger vom 10.10.2024, veröffentlicht am 17.10.2024 (BAnz AT 17.10.2024 B4) vor. Konkret hat das BMG folgendes festgestellt:

„Auf Grund des § 79 Absatz 5 des Arzneimittelgesetzes (AMG) macht das Bundesministerium für Gesundheit bekannt:

Der Bedarf an isotonischen natriumchloridhaltigen Lösungen kann derzeit nicht vollständig gedeckt werden, ungeachtet der bei den zugelassenen Arzneimitteln erfolgenden Produktion in maximaler Auslastung. Daher sind zusätzliche Importe zur Sicherstellung der Versorgung erforderlich.

Bei isotonischen natriumchloridhaltigen Arzneimitteln handelt es sich um Arzneimittel, die zur Vorbeugung oder Behandlung lebensbedrohlicher Erkrankungen benötigt werden. Eine alternative gleichwertige Arzneimitteltherapie steht nicht zur Verfügung.

Diese Feststellung ermöglicht es den zuständigen Behörden der Länder, nach Maßgabe des § 79 Absatz 5 und 6 AMG im Einzelfall ein befristetes Abweichen von den Vorgaben des AMG zu gestatten.

Das Bundesministerium für Gesundheit wird bekannt machen, wenn der Versorgungsmangel nicht mehr vorliegt.“

Durch diese Allgemeinverfügung wird der legitime Zweck erreicht, die Versorgung der Bevölkerung mit isotonischen natriumchloridhaltigen Arzneimitteln sicherzustellen. Die getroffene Maßnahme ist geeignet, da den Apotheken eine weitere Möglichkeit zur Beschaffung und Bevorratung entsprechender Arzneimittel eröffnet wird. Die Maßnahme ist auch angemessen und auf das erforderliche Maß begrenzt, da sich diese Allgemeinverfügung darauf beschränkt, den Apotheken die Bevorratung und die Abgabe der betreffenden Arzneimittel aus EU-Ländern oder Staaten der EWR in Hinblick auf Umfang und Menge auf Basis der geltenden apothekenrechtlichen Bestimmungen zu gestatten. Die übrigen Regelungen des § 73 AMG sind einzuhalten. Eine geeignete Dokumentation des Verbringens ist in Hinblick auf die gebotene Rückverfolgbarkeit im Falle von beispielsweise Rückrufen zu führen. Überdies ist die Maßnahme auf den Versorgungsmangel befristet und endet spätestens am 31. März 2025.

Der Widerrufsvorbehalt stützt sich auf § 36 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen und ermöglicht es der Behörde ggf. kurzfristig zu reagieren, wenn dies insbesondere aus Gründen der Arzneimittelsicherheit erforderlich sein sollte.

Rechtsbehelf

Gegen diese Allgemeinverfügung können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe beim Verwaltungsgericht Münster Klage einreichen.

Falls die Frist durch das Versäumen eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden sollte, würde dessen Verschulden Ihnen zugerechnet.

Coesfeld, 23. Oktober 2024

Kreis Coesfeld
Der Landrat
gez. Dr. Schulze Pellengahr

187/24 - Kreis Coesfeld

Benachrichtigung des Kreises Coesfeld über die Anordnung einer öffentlichen Zustellung gem. § 10 LZG NRW an Herrn Abdelmoula Abou Abderrahmane

Ein Dokument des Kreises Coesfeld vom 25.10.2024, Aktenzeichen 35\28112, ist zuzustellen an Herrn Abdelmoula Abou Abderrahmane, zuletzt wohnhaft in Notunterkunft Castrop-Rauxel, Habinghorster Straße 300, 44579 Castrop-Rauxel. Das Dokument konnte bisher nicht zugestellt werden, weil der Aufenthalt des Empfängers unbekannt ist.

Mit Anordnung vom 25.10.2024 wurde die öffentliche Zustellung durch eine Bekanntmachung angeordnet. Das Dokument kann eingesehen und vom Empfänger in Empfang genommen werden auf meiner Dienststelle in

48653 Coesfeld
Leisweg 12
Abteilung 35-Zentrale Ausländerbehörde
Frau Rawert

Rechtsgrundlage für diese öffentliche Zustellung ist § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeszustellungsgesetz - LZG NRW) vom 07.03.2006 (GV NW S.94) in der zurzeit geltenden Fassung. Durch diese öffentliche Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen. Sofern das Dokument eine Ladung zu einem Termin enthält, kann dessen Versäumung Rechtsnachteile zur Folge haben.

Coesfeld, den 25.10.2024

Kreis Coesfeld
Der Landrat
Abteilung 35-Zentrale Ausländerbehörde
Im Auftrag
gez. Rawert

188/24 - Kreis Coesfeld

Benachrichtigung des Kreises Coesfeld über die Anordnung einer öffentlichen Zustellung gem. § 10 LZG NRW an Herrn Wassim Aje

Ein Dokument des Kreises Coesfeld vom 25.10.2024, Aktenzeichen 35\36325, ist zuzustellen an Herrn Wassim Aje, zuletzt wohnhaft in Zentrale Unterbringungseinrichtung Dorsten, Bochumer Straße 55, 46282 Dorsten. Das Dokument konnte bisher nicht zugestellt werden, weil der Aufenthalt des Empfängers unbekannt ist.

Mit Anordnung vom 25.10.2024 wurde die öffentliche Zustellung durch eine Bekanntmachung angeordnet. Das Dokument kann eingesehen und vom Empfänger in Empfang genommen werden auf meiner Dienststelle in

48653 Coesfeld
Leisweg 12
Abteilung 35-Zentrale Ausländerbehörde
Frau Rawert

Rechtsgrundlage für diese öffentliche Zustellung ist § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeszustellungsgesetz - LZG NRW) vom 07.03.2006 (GV NW S.94) in der zurzeit geltenden Fassung. Durch diese öffentliche Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen. Sofern das Dokument eine Ladung zu einem Termin enthält, kann dessen Versäumung Rechtsnachteile zur Folge haben.

Coesfeld, den 25.10.2024

Kreis Coesfeld
Der Landrat
Abteilung 35-Zentrale Ausländerbehörde
Im Auftrag
gez. Rawert

189/24 - Kreis Coesfeld

Benachrichtigung des Kreises Coesfeld über die Anordnung einer öffentlichen Zustellung gem. § 10 LZG NRW an Herrn Abdallah Ghani

Ein Dokument des Kreises Coesfeld vom 25.10.2024, Aktenzeichen 35\38611, ist zuzustellen an Herrn Abdallah Ghani,

zuletzt wohnhaft in Zentrale Unterbringungseinrichtung Münster, Albersloher Weg 450, 48167 Münster. Das Dokument konnte bisher nicht zugestellt werden, weil der Aufenthalt des Empfängers unbekannt ist.

Mit Anordnung vom 25.10.2024 wurde die öffentliche Zustellung durch eine Bekanntmachung angeordnet. Das Dokument kann eingesehen und vom Empfänger in Empfang genommen werden auf meiner Dienststelle in

48653 Coesfeld
Leisweg 12
Abteilung 35-Zentrale Ausländerbehörde
Frau Rawert

Rechtsgrundlage für diese öffentliche Zustellung ist § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeszustellungsgesetz - LZG NRW) vom 07.03.2006 (GV NW S.94) in der zurzeit geltenden Fassung. Durch diese öffentliche Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen. Sofern das Dokument eine Ladung zu einem Termin enthält, kann dessen Versäumung Rechtsnachteile zur Folge haben.

Coesfeld, den 25.10.2024

Kreis Coesfeld
Der Landrat
Abteilung 35-Zentrale Ausländerbehörde
Im Auftrag
gez. Rawert

190/24 - Stadt Dülmen

Betriebssatzung für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Abwasserwerk der Stadt Dülmen“ vom 19.12.2005

Aufgrund der §§ 7, 41, 107 Abs. 2 und 114 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666 / SGV NRW 2023) in Verbindung mit der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) vom 16.11.2004 (GV NRW S. 644 / SGV NRW 641), in der jeweils geltenden Fassung, hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Dülmen am 10. Oktober 2024 folgende III. Änderungssatzung beschlossen:

§ 1 Rechtsnatur, Zweck

- (1) Das „Abwasserwerk der Stadt Dülmen“ (im Folgenden: „Eigenbetrieb“) wird nach Maßgabe der Vorschriften der GO NRW, der EigVO NRW und dieser Betriebssatzung als organisatorisch und wirtschaftlich eigenständige Einrichtung ohne eigene Rechtspersönlichkeit wie ein Eigenbetrieb geführt.
- (2) Zweck des Eigenbetriebes ist die Erfüllung der der Stadt Dülmen gemäß § 46 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen obliegenden Pflichten zur Abwasserbeseitigung mit Hilfe der bestehenden und noch zu beschaffenden Einrichtungen.

§ 2 Name des Eigenbetriebes

Der Eigenbetrieb führt den Namen „Abwasserwerk der Stadt Dülmen“.

§ 3 Betriebsleitung

- (1) Zur Leitung des Eigenbetriebes wird eine Betriebsleiterin oder ein Betriebsleiter bestellt.
- (2) Der Eigenbetrieb wird von der Betriebsleitung selbstständig geleitet, soweit nicht durch die GO NRW, die EigVO NRW oder diese Satzung etwas anderes bestimmt ist. Der Betriebsleitung obliegt insbesondere die laufende Betriebsführung. Dazu gehören alle Maßnahmen, die zur Aufrechterhaltung eines einwandfreien Betriebes laufend notwendig sind, insbesondere der innerbetriebliche Personaleinsatz, die Anordnung der notwendigen Instandhaltungsarbeiten und der laufenden Kanalnetzerweiterungen und Sanierungen, die Beschaffung von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie Investitionsgütern des laufenden Bedarfs, die Ersatzbeschaffung von Betriebsmitteln sowie der Abschluss von Werk- und Dienstleistungsverträgen. Außerdem gehören zur laufenden Geschäftstätigkeit Beitrags- und Gebührenkalkulationen im Abwasserbereich, die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen und Abwassergebühren, die Ergreifung von Maßnahmen nach der Entwässerungssatzung der Stadt Dülmen (z. B. die Durchsetzung des Anschluss- und Benutzungszwangs), der Abschluss von Verträgen zur Regelung des Kanalbenutzungsverhältnisses oder im Rahmen der Abwicklung von Kanalbaumaßnahmen, die Beantragung und Abrechnung von Fördermitteln, die Aufnahme von Krediten (einschließlich Kassenkredite) im Rahmen der Ansätze des Wirtschaftsplanes, der Vollzug der gemeindlichen Rechte und Pflichten aus § 61a Landeswassergesetz NRW zur Dichtheitsprüfung privater Abwasserleitungen.
- (3) Die städtische Dienstanweisung für das Vergabewesen in der jeweils geltenden Fassung findet Anwendung.
- (4) Soweit in einer Dienstanweisung durch die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister Verfahrensregeln für den Bereich der Verwaltung erlassen und zur Anwendung empfohlene Landesrichtlinien für verbindlich erklärt sind, ist diese Dienstanweisung ebenfalls zu beachten.
- (5) Die Betriebsleitung bereitet die Vorlagen für den Betriebsausschuss und die Stadtverordnetenversammlung vor und unterrichtet die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister rechtzeitig über diese Vorlagen.
- (6) Gemäß § 103 Abs. 2 GO NRW prüft das Rechnungsprüfungsamt Zahlungsanordnungen (Visakontrolle) vor ihrer Zuleitung an die Stadtkasse, wobei Umfang und Zeitabschnitt vom Leiter des Rechnungsprüfungsamtes bestimmt werden.
- (7) Die Betriebsleitung ist für die wirtschaftliche Führung des Eigenbetriebes verantwortlich und hat die Sorgfalt einer ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleitung anzuwenden. Für Schäden haftet die Betriebsleitung entsprechend den Vorschriften des § 48 des Beamtenstatutgesetzes und § 81 des Landesbeamtengesetzes.

§ 4 Betriebsausschuss

- (1) Die Aufgaben des Betriebsausschusses nimmt der Bauausschuss wahr.
- (2) Der Betriebsausschuss entscheidet in den Angelegenheiten, die ihm durch die GO NRW und EigVO NRW übertragen sind. Darüber hinaus entscheidet der Betriebsausschuss in den ihm von der Stadtverordnetenversammlung ausdrücklich übertragenen Aufgaben.

- (3) Der Betriebsausschuss berät die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vor. Er entscheidet in den Angelegenheiten, die der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung unterliegen, falls die Angelegenheit keinen Aufschub duldet. In Fällen äußerster Dringlichkeit kann die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister mit dem Ausschussvorsitzenden entscheiden. § 60 Abs. 1 Sätze 3 und 4 GO NRW gelten entsprechend.
- (4) In Angelegenheiten, die der Beschlussfassung des Betriebsausschusses unterliegen, kann, falls die Angelegenheit keinen Aufschub duldet, die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister mit dem Ausschussvorsitzenden oder einem anderen der Stadtverordnetenversammlung angehörenden Mitglied des Betriebsausschusses entscheiden. § 60 Abs. 2 Sätze 2 und 3 GO NRW gelten entsprechend.

§ 5 Stadtverordnetenversammlung

Die Stadtverordnetenversammlung entscheidet in allen Angelegenheiten, die ihm durch die GO NRW, die EigVO NRW oder die Hauptsatzung vorbehalten sind.

§ 6 Bürgermeisterin oder Bürgermeister

- (1) Im Interesse der Einheitlichkeit der Verwaltungsführung kann die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister der Betriebsleitung Weisungen erteilen. Dies gilt nicht für Angelegenheiten der laufenden Betriebsführung, die ausschließlich der Betriebsleitung unterliegen.
- (2) Die Betriebsleitung hat die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister über alle wichtigen Angelegenheiten des Eigenbetriebes rechtzeitig zu unterrichten und ihr auf Verlangen Auskunft zu erteilen.
- (3) Glaubt die Betriebsleitung nach pflichtmäßigem Ermessen die Verantwortung für die Durchführung einer Weisung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters nicht übernehmen zu können und führt ein Hinweis auf entgegenstehende Bedenken der Betriebsleitung nicht zu einer Änderung der Weisung, so hat sich die Betriebsleitung an den Betriebsausschuss zu wenden. Wird keine Übereinstimmung zwischen dem Betriebsausschuss und der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister erzielt, so ist die Entscheidung des Hauptausschusses herbeizuführen.

§ 7 Kämmerin oder Kämmerer

Die Betriebsleitung hat der Kämmerin oder dem Kämmerer den Entwurf des Wirtschaftsplanes und des Jahresabschlusses, die Zwischenberichte, die Ergebnisse der Betriebsstatistik und die Kostenrechnungen zuzuleiten; ferner hat sie ihm auf Anforderung alle sonstigen finanzwirtschaftlichen Auskünfte zu erteilen.

§ 8 Personalangelegenheiten

- (1) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister ist Dienstvorgesetzte/r der Dienstkräfte des Eigenbetriebes.
- (2) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister ist nach den Bestimmungen der Hauptsatzung grundsätzlich für die beamten-, arbeits- und tarifrechtlichen Entscheidungen

zuständig. Die Betriebsleitung hat zu allen Personalentscheidungen ein Vorschlagsrecht.

- (3) Die beim Eigenbetrieb beschäftigten Beamten werden in den Stellenplan der Stadt aufgenommen und in der Stellenübersicht des Eigenbetriebes vermerkt.

§ 9

Vertretung des Eigenbetriebes

- (1) Die Betriebsleitung vertritt die Stadt Dülmen in Angelegenheiten des Eigenbetriebes, soweit die GO NRW oder die EigVO NRW keine anderen Regelungen treffen.
- (2) Die Betriebsleitung unterzeichnet unter dem Namen des Eigenbetriebes ohne Angabe eines Vertretungsverhältnisses, die übrigen Dienstkräfte „Im Auftrag“.
- (3) Der Kreis der Vertretungsberechtigten und der Beauftragten sowie der Umfang ihrer Vertretungsbefugnis werden von der Betriebsleitung nach den Bestimmungen der Hauptsatzung öffentlich bekannt gemacht.

§ 10

Wirtschaftsjahr

Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 11

Stammkapital

Das Stammkapital des Eigenbetriebes beträgt 1.000.000 Euro.

§ 12

Wirtschaftsplan

- (1) Der Eigenbetrieb hat spätestens einen Monat vor Beginn eines jeden Wirtschaftsjahres einen Wirtschaftsplan aufzustellen. Dieser besteht aus dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan und der Stellenübersicht.
- (2) Mehrauszahlungen für Einzelvorhaben des Vermögensplanes, die den Ansatz im Vermögensplan um mehr als 200.000 Euro überschreiten, bedürfen der Zustimmung des Betriebsausschusses. Bei Eilbedürftigkeit tritt an die Stelle der Zustimmung des Betriebsausschusses die Zustimmung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters.
- (3) Sind bei der Ausführung des Erfolgsplanes erfolgsgefährdende Mindererträge zu erwarten, so hat die Betriebsleitung die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister unverzüglich zu unterrichten. Erfolgsgefährdende Mehraufwendungen bedürfen der Zustimmung des Betriebsausschusses, es sei denn, dass sie unabweisbar sind. Sind sie unabweisbar, so sind die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister und der Betriebsausschuss unverzüglich zu unterrichten. Bei Eilbedürftigkeit tritt an die Stelle der Zustimmung des Betriebsausschusses die Zustimmung der Bürgermeisterin oder der Bürgermeister; der Betriebsausschuss ist unverzüglich zu unterrichten.

§ 13

Zwischenberichte

Die Betriebsleitung hat die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister und den Betriebsausschuss vierteljährlich einen Monat nach Quartalsende über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie über die Ausführung des Vermögensplanes schriftlich zu unterrichten.

§ 14

Jahresabschluss

Der Jahresabschluss ist bis zum Ablauf von drei Monaten nach Ende des Wirtschaftsjahres von der Betriebsleitung aufzustellen und über die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister dem Betriebsausschuss vorzulegen. Die Kämmerin oder der Kämmerer ist rechtzeitig zu beteiligen. Nach Aufstellung hat eine Prüfung unter Beachtung der §§ 103, 114 Abs. 1 GO i. V. m. § 21 EigVO zu erfolgen.

§ 15

Neues Kommunales Finanzmanagement

Die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen erfolgen unter Anwendung der Vorschriften der Gemeindehaushaltsverordnung NRW.

§ 16

Inkrafttreten

Diese III. Änderungssatzung tritt am 01.10.2024 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf von 6 Monaten seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- der Bürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder
- der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Dülmen, den 11.10.2024

Stadt Dülmen
Der Bürgermeister
gez. Hövekamp

191/24 - Stadt Dülmen

II. Änderungssatzung vom 24.10.2024 zur Betriebssatzung für das „Grundstücksmanagement der Stadt Dülmen“ vom 16.02.2006

Präambel

Aufgrund der §§ 7 und 114 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der

Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666 / SGV NRW 2023) in der zurzeit geltenden Fassung i. V. m. der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16.11.2004 (GV NRW S. 644 / SGV NRW 641), in der jeweils geltenden Fassung, hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Dülmen am 10.10.2024 folgende II. Änderungssatzung beschlossen:

§ 1

Gegenstand des Eigenbetriebes

- (1) Das „Grundstücksmanagement der Stadt Dülmen“ (im Folgenden: „Eigenbetrieb“) wird auf der Grundlage der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen dieser Betriebssatzung als organisatorisch und wirtschaftlich eigenständige Einrichtung ohne eigene Rechtspersönlichkeit wie ein Eigenbetrieb geführt.
- (2) Zweck des Eigenbetriebes ist die allgemeine Grundstücksbevorratung einschließlich der Bewirtschaftung des unbebauten Grundbesitzes sowie die zweckentsprechende Vergabe im Erbbaurecht oder der Verkauf der Grundstücke, insbesondere als Wohnbau- bzw. Gewerbeflächen.

§ 2

Name des Eigenbetriebes

Der Eigenbetrieb führt den Namen „Grundstücksmanagement der Stadt Dülmen“.

§ 3

Betriebsleitung

- (1) Die Betriebsleitung besteht aus zwei Mitgliedern. Bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister.
- (2) Der Eigenbetrieb wird von der Betriebsleitung selbstständig geleitet, soweit nicht durch Gemeindeordnung, Eigenbetriebsverordnung oder diese Satzung etwas anderes bestimmt ist. Der Betriebsleitung obliegen insbesondere die laufenden Grundstücksangelegenheiten einschließlich der damit verbundenen Kreditgeschäfte im Rahmen der Ansätze des Wirtschaftsplans (Erwerb, Verkauf, Miete, Pacht, Belastung von Grundstücken, Aufnahme von Krediten) sowie die laufende Betriebsführung. Dazu gehören alle Maßnahmen, die zur Aufrechterhaltung des Betriebs laufend notwendig sind, insbesondere Einsatz des Personals, Anordnung der notwendigen Instandhaltungsarbeiten, Beschaffung von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie Investitionsgütern des laufenden Bedarfs und der Abschluss von Werk- und Dienstleistungsverträgen.
- (3) Die Dienstanweisung für das Vergabewesen der Stadt Dülmen in der jeweils geltenden Fassung findet Anwendung. Soweit in einer Dienstanweisung durch die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister Verfahrensregeln für den Bereich der Verwaltung erlassen und zur Anwendung empfohlene Landesrichtlinien für verbindlich erklärt sind, ist diese Dienstanweisung ebenfalls zu beachten. Abweichend von Ziffer 6 (Vergabearten) wird bei der freihändigen Vergabe eine Abweichung bei Aufträgen unter 10.000,00 Euro als grundsätzlich gerechtfertigt angesehen. Hierbei sind mindestens drei Angebote einzuholen. Vergaben mit einer Auftragssumme von mehr als 5.000,00 Euro sind vor der Entscheidung der örtlichen Rechnungsprüfung zur Prüfung vorzulegen.
- (4) Gemäß § 103 Abs. 2 GO NRW prüft die örtliche Rechnungsprüfung Zahlungsanordnungen (Visakontrolle) vor

ihrer Zuleitung an die Stadtkasse, wobei Umfang und Zeitabschnitt vom Leiter der örtlichen Rechnungsprüfung bestimmt werden.

- (5) Die Betriebsleitung ist für die wirtschaftliche Führung des Eigenbetriebes verantwortlich und hat die Sorgfalt einer ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleitung anzuwenden. Für Schäden haftet die Betriebsleitung entsprechend den Vorschriften des § 48 des Beamtenstatusgesetzes und § 81 des Landesbeamtengesetzes.
- (6) Die Betriebsleitung bereitet die Vorlagen für den Betriebsausschuss und die Stadtverordnetenversammlung vor und unterrichtet die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister rechtzeitig über diese Vorlagen.

§ 4

Betriebsausschuss

- (1) Die Aufgaben des Betriebsausschusses nimmt der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung wahr.
- (2) Der Betriebsausschuss entscheidet in den Angelegenheiten, die ihm durch die GO NRW und EigVO NRW übertragen sind. Ferner entscheidet der Betriebsausschuss in den ihm von der Stadtverordnetenversammlung ausdrücklich übertragenen Aufgaben und trifft die Grundsatzentscheidungen in Grundstücks- und Finanzierungsangelegenheiten.
- (3) Der Betriebsausschuss berät die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vor. Er entscheidet in den Angelegenheiten, die der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung unterliegen, falls eine Einberufung der Stadtverordnetenversammlung nicht rechtzeitig möglich ist und die Angelegenheit keinen Aufschub duldet. In Fällen äußerster Dringlichkeit kann die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister mit der Ausschussvorsitzenden oder dem Ausschussvorsitzenden entscheiden. § 60 Abs. 1 Sätze 3 und 4 GO NRW gelten entsprechend.
- (4) In Angelegenheiten, die der Beschlussfassung des Betriebsausschusses unterliegen, kann, falls die Angelegenheit keinen Aufschub duldet, die Bürgermeisterin/der Bürgermeister mit der Ausschussvorsitzenden/dem Ausschussvorsitzenden oder einem anderen der Stadtverordnetenversammlung angehörenden Mitglied des Betriebsausschusses entscheiden. § 60 Abs. 2 Sätze 2 und 3 GO NRW gelten entsprechend.

§ 5

Stadtverordnetenversammlung

Die Stadtverordnetenversammlung entscheidet in allen Angelegenheiten, die ihr durch die Gemeindeordnung NRW, die Eigenbetriebsverordnung NRW oder die Hauptsatzung vorbehalten sind.

§ 6

Bürgermeisterin oder Bürgermeister

- (1) Im Interesse der Einheitlichkeit der Verwaltungsführung kann die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister der Betriebsleitung Weisungen erteilen. Dies gilt nicht für Angelegenheiten der laufenden Betriebsführung, die ausschließlich der Betriebsleitung unterliegen.
- (2) Die Betriebsleitung hat die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister über alle wichtigen Angelegenheiten des Eigenbetriebes rechtzeitig zu unterrichten und ihr auf Verlangen Auskunft zu erteilen.

- (3) Glaubt die Betriebsleitung, nach pflichtgemäßem Ermessen die Verantwortung für die Durchführung einer Weisung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters nicht übernehmen zu können, und führt ein Hinweis auf entgegenstehende Bedenken der Betriebsleitung nicht zu einer Änderung der Weisung, so hat sich die Betriebsleitung an den Betriebsausschuss zu wenden. Wird keine Übereinstimmung zwischen dem Betriebsausschuss und der Bürgermeisterin oder den Bürgermeister erzielt, so ist die Entscheidung des Hauptausschusses herbeizuführen.

§ 7 Kämmerin oder Kämmerer

Die Betriebsleitung hat der Kämmerin/dem Kämmerer oder dem sonst für das Finanzwesen zuständigen Beamten den Entwurf des Wirtschaftsplanes und des Jahresabschlusses, die Zwischenberichte, die Ergebnisse der Betriebsstatistik und die Selbstkostenrechnungen zuzuleiten; ferner hat sie ihm auf Anforderung alle sonstigen finanzwirtschaftlichen Auskünfte zu erteilen.

§ 8 Personalangelegenheiten

Der Eigenbetrieb beschäftigt kein eigenes Personal. Die Aufgaben des Betriebes werden durch städt. Mitarbeiter wahrgenommen. Im Rahmen von Erstattungen der Personal- und Sachkosten an die Stadt werden deren Leistungen abgerechnet.

§ 9 Vertretung des Eigenbetriebes

- (1) Die Betriebsleitung vertritt die Stadt Dülmen in Angelegenheiten des Eigenbetriebes, soweit die GO NRW oder die EigVO NRW keine anderen Regelungen treffen.
- (2) Die Betriebsleitung unterzeichnet unter dem Namen des Eigenbetriebes ohne Angabe eines Vertretungsverhältnisses, die übrigen Dienstkräfte „Im Auftrag“.
- (3) Der Kreis der Vertretungsberechtigten und der Beauftragten sowie der Umfang ihrer Vertretungsbefugnis werden von der Betriebsleitung nach den Bestimmungen der Hauptsatzung öffentlich bekannt gemacht.

§ 10 Wirtschaftsjahr

Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 11 Stammkapital

Das Stammkapital des Eigenbetriebes beträgt 409.033,50 Euro.

§ 12 Wirtschaftsplan

- (1) Der Eigenbetrieb hat spätestens einen Monat vor Beginn eines jeden Wirtschaftsjahres einen Wirtschaftsplan aufzustellen. Dieser besteht aus dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan und der Stellenübersicht.
- (2) Mehrauszahlungen für Einzelvorhaben des Vermögensplanes, die 10 % des Ansatzes im Vermögensplan überschreiten, bedürfen der Zustimmung des Betriebsausschusses. Bei Eilbedürftigkeit tritt an die Stelle der Zustimmung des Betriebsausschusses die Zustimmung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters.

- (3) Sind bei der Ausführung des Erfolgsplanes Erfolg gefährdende Mindererträge zu erwarten, so hat die Betriebsleitung die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister unverzüglich zu unterrichten. Erfolg gefährdende Mehraufwendungen bedürfen der Zustimmung des Betriebsausschusses, es sei denn, dass sie unabweisbar sind. Sind sie unabweisbar, so sind die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister und der Betriebsausschuss unverzüglich zu unterrichten. Bei Eilbedürftigkeit tritt an die Stelle der Zustimmung des Betriebsausschusses die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister; der Betriebsausschuss ist unverzüglich zu unterrichten.

§ 13 Zwischenberichte

Die Betriebsleitung hat die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister und den Betriebsausschuss vierteljährlich nach Quartalsende über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie über die Abwicklung des Vermögensplans zu unterrichten.

§ 14 Jahresabschluss

Der Jahresabschluss ist bis zum Ablauf von sechs Monaten nach Ende des Wirtschaftsjahres von der Betriebsleitung aufzustellen und über die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister dem Betriebsausschuss vorzulegen. Die Kämmerin oder der Kämmerer ist rechtzeitig zu beteiligen. Nach Aufstellung hat eine Prüfung unter Beachtung der §§ 103, 114 Abs. 1 GO i. V. m. § 21 EigVO zu erfolgen.

§ 15 Inkrafttreten

Die II. Änderungssatzung tritt am 01.10.2024 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Änderungssatzung der Stadt Dülmen wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf von sechs Monaten seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet wurden, die den Mangel ergibt.

Dülmen, den 24.10.2024

Stadt Dülmen
Der Bürgermeister
gez. Hövekamp

192/24 - Stadt Dülmen**Bekanntmachung des Jahresabschlusses 2022 der Stadt Dülmen**

Nach § 96 Abs. 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) werden nachfolgende Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Dülmen vom 10.10.2024 öffentlich bekannt gemacht:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2022 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 393.220.286,00 Euro und einem Jahresüberschuss in Höhe von 1.482.691,22 Euro gem. § 96 Abs. 1 GO NRW fest.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den festgestellten Jahresüberschuss in Höhe von 1.482.691,22 Euro der Ausgleichsrücklage zuzuführen.

Dem Bürgermeister wird gem. § 96 Abs. 1 GO NRW für das Haushaltsjahr 2022 die uneingeschränkte Entlastung erteilt.

Bilanz			
Stadt Dülmen			
Nr.	Bezeichnung	Bilanzwert zum 31.12.2022 €	Bilanzwert zum 31.12.2021 €
	Aktiva		
0.	Aufwendungen zur Erhaltung der gemeindlichen Leistungsfähigkeit	7.116.807,12	4.815.446,58
1.	Anlagevermögen	344.820.024,70	326.386.314,28
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände	623.076,48	561.597,69
1.2	Sachanlagen	290.453.482,34	272.453.642,10
1.2.1	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	43.069.509,59	41.047.018,06
1.2.1.1	Grünflächen	31.193.940,13	30.464.385,33
1.2.1.2	Ackerland	7.465.003,30	6.132.934,41
1.2.1.3	Wald, Forsten	630.385,74	630.385,74
1.2.1.4	Sonstige unbebaute Grundstücke	3.780.180,42	3.819.312,58
1.2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	121.342.892,45	115.636.012,28
1.2.2.1	Kinder- und Jugendeinrichtungen	10.277.963,00	10.732.862,79
1.2.2.2	Schulen	70.669.720,64	70.461.276,05
1.2.2.3	Wohnbauten	4.556.155,46	395.751,30
1.2.2.4	Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	35.839.053,35	34.046.122,14
1.2.3	Infrastrukturvermögen	89.505.625,65	86.419.261,18
1.2.3.1	Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	32.519.772,49	32.433.767,34
1.2.3.2	Brücken und Tunnel	3.355.439,42	2.828.838,00
1.2.3.3	Gleise mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	0,00	0,00
1.2.3.4	Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	0,00	0,00
1.2.3.5	Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrsanlagen	47.786.088,36	45.165.548,53

Bilanz

Stadt Dülmen

Nr.	Bezeichnung	Bilanzwert zum 31.12.2022 €	Bilanzwert zum 31.12.2021 €
1.2.3.6	Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	5.844.325,38	5.991.107,31
1.2.4	Bauten auf fremdem Grund und Boden	90.842,00	95.615,00
1.2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	145.514,20	145.513,20
1.2.6	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	8.724.910,99	7.996.510,95
1.2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.835.718,08	4.663.951,63
1.2.8	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	21.738.469,38	16.449.759,80
1.3	Finanzanlagen	53.743.465,88	53.371.074,49
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	23.996.000,00	23.996.000,00
1.3.2	Beteiligungen	2.852,00	2.852,00
1.3.3	Sondervermögen	27.712.402,60	27.712.402,60
1.3.4	Wertpapiere des Anlagevermögens	1.541.282,23	1.173.422,30
1.3.5	Ausleihungen	490.929,05	486.397,59
1.3.5.1	an verbundene Unternehmen	0,00	0,00
1.3.5.2	an Beteiligungen	0,00	0,00
1.3.5.3	an Sondervermögen	0,00	0,00
1.3.5.4	Sonstige Ausleihungen	490.929,05	486.397,59
2.	Umlaufvermögen	28.371.932,67	32.620.667,55
2.1	Vorräte	1.835.746,75	1.495.884,44
2.1.1	Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe, Waren	1.835.746,75	1.495.884,44
2.1.2	Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00
2.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	25.041.699,39	25.516.798,41
2.2.1	Öffentlich-rechtliche Forderungen u. Forderungen aus Transferleistungen	9.850.583,62	11.594.368,16
2.2.2	Privatrechtliche Forderungen	13.761.216,48	12.759.112,05
2.2.3	Sonstige Vermögensgegenstände	1.429.899,29	1.163.318,20
2.3	Wertpapiere des Umlaufvermögens	108.611,26	51.621,03
2.4	Liquide Mittel	1.385.875,27	5.556.363,67
3.	Aktive Rechnungsabgrenzung	12.911.521,51	12.505.065,55
	Bilanzsumme	393.220.286,00	376.327.493,96

Bilanz

Stadt Dülmen

Nr.	Bezeichnung	Bilanzwert zum 31.12.2022 €	Bilanzwert zum 31.12.2021 €
	Passiva		
4.	Eigenkapital	107.008.368,98	105.573.073,37
4.1	Allgemeine Rücklage	78.672.963,04	78.720.358,65
4.2	Sonderrücklagen	0,00	0,00
4.3	Ausgleichsrücklage	26.852.714,72	25.370.035,87
4.4	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.482.691,22	1.482.678,85
5.	Sonderposten	127.221.892,69	125.567.190,28
5.1	für Zuwendungen	77.701.008,41	76.055.737,72
5.2	für Beiträge	31.270.643,03	32.084.620,98
5.3	für den Gebührenaussgleich	2.532.404,11	2.141.203,93
5.4	Sonstige Sonderposten	15.717.837,14	15.285.627,65
6.	Rückstellungen	67.040.256,53	65.406.926,71
6.1	Pensionsrückstellungen	54.969.106,00	53.551.354,00
6.2	Rückstellungen für Deponien und Altlasten	59.405,38	72.773,43
6.3	Instandhaltungsrückstellungen	1.798.965,75	2.076.620,06
6.4	Sonstige Rückstellungen	10.212.779,40	9.706.179,22
7.	Verbindlichkeiten	86.705.209,35	74.675.946,86
7.1	Anleihen	0,00	0,00
7.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	43.998.394,80	35.261.129,20
7.2.1	von verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
7.2.2	von Beteiligungen	0,00	0,00
7.2.3	von Sondervermögen	0,00	0,00
7.2.4	vom öffentlichen Bereich	0,00	0,00
7.2.5	von Kreditinstituten	43.998.394,80	35.261.129,20
7.3	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	11.587.395,00	13.623.281,00
7.4	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0,00	0,00
7.5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.417.178,60	6.325.837,41
7.6	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	1.033.122,24	1.678.351,52
7.7	Sonstige Verbindlichkeiten	4.433.899,68	2.550.214,77

Bilanz			
Stadt Dülmen			
Nr.	Bezeichnung	Bilanzwert zum 31.12.2022 €	Bilanzwert zum 31.12.2021 €
7.8	Erhaltene Anzahlungen	19.235.219,03	15.237.132,96
8.	Passive Rechnungsabgrenzung	5.244.558,45	5.104.356,74
	Bilanzsumme	393.220.286,00	376.327.493,96

Ergebnisrechnung						
Stadt Dülmen						
Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021 €	Fortgesch. Ansatz 2022 €	Ergebnis 2022 €	Vergleich fortge. Ansatz/ Ergebnis €	Ermächti- gungs- übertra- gungen €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	70.210.396,58	63.578.083,00	67.248.780,90	3.670.697,90	0,00
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	31.546.664,88	32.107.042,00	36.529.999,04	4.422.957,04	0,00
03	+ Sonstige Transfererträge	673.146,60	692.350,00	929.916,82	237.566,82	0,00
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	9.698.146,46	10.972.487,00	11.152.766,05	180.279,05	0,00
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.242.154,78	2.009.961,00	2.388.560,72	378.599,72	0,00
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	8.829.397,15	8.491.982,00	9.197.251,67	705.269,67	0,00
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	4.428.400,53	3.310.878,00	6.833.609,60	3.522.731,60	0,00
08	+ Aktivierte Eigenleistung	533.931,42	348.638,00	580.864,05	232.226,05	0,00
09	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= Ordentliche Erträge	128.162.238,40	121.511.421,00	134.861.748,85	13.350.327,85	0,00
11	- Personalaufwendungen	-34.948.188,45	-37.164.809,00	-37.222.286,36	-57.477,36	0,00
12	- Versorgungsaufwendungen	-3.108.823,07	-2.250.694,00	-3.191.168,54	-940.474,54	0,00
13	- Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-17.251.063,38	-21.431.211,45	-17.790.245,85	3.640.965,60	-860.949,80
14	- Bilanzielle Abschreibungen	-8.600.672,43	-7.967.277,00	-9.571.586,86	-1.604.309,86	0,00
15	- Transferaufwendungen	-59.223.790,13	-55.475.812,00	-61.219.785,41	-5.743.973,41	0,00
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	-6.338.702,01	-7.849.082,00	-7.380.603,12	468.478,88	-2.280,22
17	= Ordentliche Aufwendungen	-129.471.239,47	-132.138.885,45	-136.375.676,14	-4.236.790,69	-863.230,02
18	= Ordentliches Ergebnis (Z. 10+17)	-1.309.001,07	-10.627.464,45	-1.513.927,29	9.113.537,16	-863.230,02
19	+ Finanzerträge	1.580.120,73	1.544.810,00	1.611.260,24	66.450,24	0,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	-840.590,76	-788.969,00	-916.002,27	-127.033,27	0,00
21	= Finanzergebnis (Z. 19+20)	739.529,97	755.841,00	695.257,97	-60.583,03	0,00
22	= Ergebnis der lfd. Verw.-tätigkeit (Z. 18+21)	-569.471,10	-9.871.623,45	-818.669,32	9.052.954,13	-863.230,02
23	+ Außerordentliche Erträge	2.052.399,17	4.641.225,00	2.301.360,54	-2.339.864,46	0,00

Ergebnisrechnung

Stadt Dülmen

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Fortgesch. Ansatz 2022	Ergebnis 2022	Vergleich fortge. Ansatz/ Ergebnis	Ermächti- gungs- übertra- gungen
		€	€	€	€	€
24	- Außerordentliche Aufwendungen	-249,22	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (Z. 23+24)	2.052.149,95	4.641.225,00	2.301.360,54	-2.339.864,46	0,00
26	= Jahresergebnis (Z. 22+25)	1.482.678,85	-5.230.398,45	1.482.691,22	6.713.089,67	-863.230,02
Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage						
27	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	291.909,70	0,00	545.893,19	545.893,19	0,00
28	Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	-435.635,07	0,00	-593.288,80	-593.288,80	0,00
30	Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	Verrechnungssaldo (Z. 27 bis 30)	-143.725,37	0,00	-47.395,61	-47.395,61	0,00

Finanzrechnung

Stadt Dülmen

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021	Fortgesch. Ansatz 2022	Ergebnis 2022	Vergleich fortge. Ansatz/ Ergebnis	Ermächti- gungs- übertra- gungen
		€	€	€	€	€
01	Steuern und ähnliche Abgaben	76.978.411,80	63.578.083,00	71.392.092,55	7.814.009,55	0,00
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	26.159.952,20	25.679.390,00	30.463.484,75	4.784.094,75	0,00
03	+ Sonstige Transfereinzahlungen	654.990,47	692.350,00	899.550,51	207.200,51	0,00
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	8.485.549,64	9.212.380,00	10.346.896,64	1.134.516,64	0,00
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.221.916,46	2.009.961,00	2.398.902,91	388.941,91	0,00
06	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	7.970.882,08	8.491.982,00	8.563.250,39	71.268,39	0,00
07	+ Sonstige Einzahlungen	2.425.098,57	2.682.325,00	2.763.162,47	80.837,47	0,00
08	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	1.583.202,06	1.544.810,00	1.564.990,99	20.180,99	0,00
09	= Einzahlungen aus lfd. Verw.-tätigkeit	126.480.003,28	113.891.281,00	128.392.331,21	14.501.050,21	0,00
10	- Personalauszahlungen	-31.650.843,65	-35.546.950,00	-34.240.395,57	1.306.554,43	0,00
11	- Versorgungsauszahlungen	-2.572.730,97	-2.972.366,00	-3.531.213,12	-558.847,12	0,00
12	- Auszahlg. Sach- und Dienstleistungen	-16.467.997,88	-21.385.481,45	-17.266.194,92	4.119.286,53	-815.796,15
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	-891.917,24	-788.969,00	-844.301,15	-55.332,15	0,00
14	- Transferauszahlungen	-54.246.853,91	-55.008.630,00	-59.403.432,20	-4.394.802,20	0,00
15	- Sonstige Auszahlungen	-5.794.117,99	-7.833.432,00	-7.090.144,64	743.287,36	-2.280,22
16	= Auszahlungen aus lfd. Verw.-tätigkeit	-111.624.461,64	-123.535.828,45	-122.375.681,60	1.160.146,85	-818.076,37

Finanzrechnung

Stadt Dülmen

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2021 €	Fortgesch. Ansatz 2022 €	Ergebnis 2022 €	Vergleich fortge. Ansatz/ Ergebnis €	Ermächti- gungs- übertra- gungen €
17	= Saldo lfd. Verw.-tätigkeit (Z. 9+16)	14.855.541,64	-9.644.547,45	6.016.649,61	15.661.197,06	-818.076,37
18	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	9.694.188,05	13.757.318,00	12.870.700,20	-886.617,80	0,00
19	+ Einzahlg. aus Veräußerung v. Sachanlagen	175.175,80	794.150,00	518.681,20	-275.468,80	0,00
20	+ Einzahlg. aus Veräußerung v. Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	+ Einzahlg. aus Beiträgen u.ä. Entgelten	1.107.802,82	781.000,00	580.352,53	-200.647,47	0,00
22	+ sonstige Investitionseinzahlungen	27.980,77	214.069,00	846.383,39	632.314,39	0,00
23	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	11.005.147,44	15.546.537,00	14.816.117,32	-730.419,68	0,00
24	- Auszahlg f. Erwerb v. Grundst.+Gebäuden	-544.142,09	-10.393.046,77	-1.920.627,31	8.472.419,46	-58.481,09
25	- Auszahlg f. Baumaßnahmen	-19.001.602,50	-35.287.108,71	-17.477.114,89	17.809.993,82	-11.465.959,12
26	- Auszahlg f. Erwerb v. bewegl. Anlageverm.	-2.805.240,14	-7.446.156,07	-4.599.193,02	2.846.963,05	-2.431.224,82
27	- Auszahlg f.d. Erwerb v. Finanzanlagen	-468.416,19	0,00	-367.859,93	-367.859,93	0,00
28	- Auszahlg v. aktivierbaren Zuwendungen	-2.340.286,68	-2.226.069,69	-1.556.275,84	669.793,85	-829.200,00
29	- Sonstige Investitionsauszahlungen	-2.421.675,18	-341.000,00	-5.108.466,51	-4.767.466,51	0,00
30	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-27.581.362,78	-55.693.381,24	-31.029.537,50	24.663.843,74	-14.784.865,03
31	= Saldo Investitionstätigkeit (Z. 23+30)	-16.576.215,34	-40.146.844,24	-16.213.420,18	23.933.424,06	-14.784.865,03
32	= Überschuss/ Fehlbetrag (Z. 17+31)	-1.720.673,70	-49.791.391,69	-10.196.770,57	39.594.621,12	-15.602.941,40
33	+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	4.425.000,00	28.250.300,00	13.742.500,00	-14.507.800,00	0,00
34	+ Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	67.200.000,00	11.568.118,00	51.000.000,00	39.431.882,00	0,00
35	- Tilgung und Gewährung von Darlehen	-4.874.175,55	-2.704.406,00	-5.961.984,40	-3.257.578,40	0,00
36	- Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	-62.900.000,00	0,00	-53.000.000,00	-53.000.000,00	0,00
37	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	3.850.824,45	37.114.012,00	5.780.515,60	-31.333.496,40	0,00
38	= Änd. des Finanzbestandes (Z. 32+37)	2.130.150,75	-12.677.379,69	-4.416.254,97	8.261.124,72	-15.602.941,40
39	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	3.456.210,16	0,00	5.556.363,67	5.556.363,67	0,00
40	+ Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln	-29.997,24	0,00	245.754,57	245.754,57	0,00
41	= Liquide Mittel (Z. 38, 39+40)	5.556.363,67	-12.677.379,69	1.385.863,27	14.063.242,96	-15.602.941,40

Der Jahresabschluss 2022 der Stadt Dülmen einschließlich Anlagen und Lagebericht wurden dem Landrat als untere staatliche Verwaltungsbehörde in Coesfeld mit Schreiben vom 24.10.2024 angezeigt.

Der Jahresabschluss 2022 einschließlich Anlagen liegt ab dem Zeitpunkt dieser Bekanntmachung bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses gem. § 96 Abs. 2 GO NRW beim Fachbereich „Finanzen“, Markt 1, Zimmer 3.13, 48249 Dülmen, während der allgemeinen Öffnungszeiten (montags bis freitags von 08.30 Uhr bis 12.00 Uhr, außerdem montags von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr sowie donnerstags von 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr) sowie beim Fachbereich „Sicherheit und Ordnung“, Markt 1, Infothek „Bürgerbüro“, 48249 Dülmen, während der Öffnungszeiten (montags und donnerstags von 08.00 Uhr bis 18.00 Uhr, dienstags und mittwochs von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr sowie freitags von

08.00 Uhr bis 12.00 Uhr) zur Einsichtnahme öffentlich aus. Außerdem wird auf die Möglichkeit der Einsichtnahme im Internet unter der Adresse https://www.duelmen.de/fileadmin/user_upload/medien/finanzen/Jahresabschluesse/Jahresabschluss_2022.pdf hingewiesen.

Dülmen, den 28.10.2024

STADT DÜLMEN
Der Bürgermeister
gez. Hövekamp

193/24 - Sparkasse Westmünsterland**Aufgebote von Sparurkunden der Sparkasse Westmünsterland****Aufgebot**

Der Gläubiger der bei der Sparkasse Westmünsterland mit der Nr. 345002711 geführten Spareinlage beantragt das Aufgebot der hierüber ausgestellten Sparurkunde.

Die SPARKASSE WESTMÜNSTERLAND fordert den Inhaber der Urkunde auf, spätestens bis zum 17.01.2025 seine Rechte unter Vorlage der obigen Sparurkunde anzumelden.

Sollten bis zu diesem Termin keine Ansprüche geltend gemacht werden, wird die Urkunde für kraftlos erklärt.

Ahaus / Dülmen, den 17.10.2024

SPARKASSE WESTMÜNSTERLAND
gez. Der Vorstand

Aufgebot

Der Gläubiger der bei der Sparkasse Westmünsterland mit der Nr. 353089097 geführten Spareinlage beantragt das Aufgebot der hierüber ausgestellten Sparurkunde.

Die SPARKASSE WESTMÜNSTERLAND fordert den Inhaber der Urkunde auf, spätestens bis zum 17.01.2025 seine Rechte unter Vorlage der obigen Sparurkunde anzumelden.

Sollten bis zu diesem Termin keine Ansprüche geltend gemacht werden, wird die Urkunde für kraftlos erklärt.

Ahaus / Dülmen, den 17.10.2024

SPARKASSE WESTMÜNSTERLAND
gez. Der Vorstand

Aufgebot

Der Gläubiger der bei der Sparkasse Westmünsterland mit der Nr. 337344055 geführten Spareinlage beantragt das Aufgebot der hierüber ausgestellten Sparurkunde.

Die SPARKASSE WESTMÜNSTERLAND fordert den Inhaber der Urkunde auf, spätestens bis zum 17.01.2025 seine Rechte unter Vorlage der obigen Sparurkunde anzumelden.

Sollten bis zu diesem Termin keine Ansprüche geltend gemacht werden, wird die Urkunde für kraftlos erklärt.

Ahaus / Dülmen, den 17.10.2024

SPARKASSE WESTMÜNSTERLAND
gez. Der Vorstand

Aufgebot

Der Gläubiger der bei der Sparkasse Westmünsterland mit der Nr. 40509366 geführten Spareinlage beantragt das Aufgebot der hierüber ausgestellten Sparurkunde.

Die SPARKASSE WESTMÜNSTERLAND fordert den Inhaber der Urkunde auf, spätestens bis zum 17.01.2025 seine Rechte unter Vorlage der obigen Sparurkunde anzumelden.

Sollten bis zu diesem Termin keine Ansprüche geltend gemacht werden, wird die Urkunde für kraftlos erklärt.

Ahaus / Dülmen, den 17.10.2024

SPARKASSE WESTMÜNSTERLAND
gez. Der Vorstand

Aufgebot

Der Gläubiger der bei der Sparkasse Westmünsterland mit der Nr. 40509358 geführten Spareinlage beantragt das Aufgebot der hierüber ausgestellten Sparurkunde.

Die SPARKASSE WESTMÜNSTERLAND fordert den Inhaber der Urkunde auf, spätestens bis zum 17.01.2025 seine Rechte unter Vorlage der obigen Sparurkunde anzumelden.

Sollten bis zu diesem Termin keine Ansprüche geltend gemacht werden, wird die Urkunde für kraftlos erklärt.

Ahaus / Dülmen, den 17.10.2024

SPARKASSE WESTMÜNSTERLAND
gez. Der Vorstand